

EhrenamtsNews Nr. 4/2020

Liebe Ehrenamtliche, liebe Leserinnen und Leser!

Ein ungewöhnliches Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Corona-Pandemie hat Flüchtlingen und ihren Unterstützerinnen vieles abverlangt. Mit der Verleihung unseres Ehrenamtspreises wollten wir das Engagement für Schutzsuchende in diesem Jahr besonders würdigen, doch wie so vieles andere musste auch die für November geplante Preisverleihung verschoben werden.

Trotz all der Corona-bedingten Herausforderungen haben es auch andere Themen auf die gesellschaftliche Tagesordnung geschafft. Bereits Ende 2019 hatte sich unter dem Motto „Wir haben Platz“ ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis formiert, das die Aufnahme von Schutzsuchenden aus den Elendslagern der griechischen Inseln fordert und das in diesem Jahr spürbar stärker wurde. Zugleich hat die „Black Lives Matter“-Bewegung den Blick für strukturellen und alltäglichen Rassismus in Deutschland geschärft.

Trotzdem begegnen uns immer noch Vorurteile und Stammtischparolen gegen Flüchtlinge. Die Frage, wie wir dagegenhalten können, steht im Mittelpunkt dieser EhrenamtsNews. Außerdem berichten wir über die drohenden Kürzungen in der NRW-Flüchtlingsberatung und über die Guinea-Delegation in der Zentralen Ausländerbehörde Essen. Natürlich haben wir auch wieder ein vielseitiges Online-Veranstaltungsprogramm für Sie zusammengestellt.

Wir freuen uns, Sie bei diesen Veranstaltungen zu begrüßen, wünschen eine anregende Lektüre und ein erholsames und gesundes Jahresende!

- **Schwerpunkt: Aktiv gegen Vorurteile und flüchtlingsfeindliche Parolen**
 - Einführung
 - Ehrenamtliche „Vorsorge“ gegen Vorurteile
 - Fakten und Argumentationsstrategien gegen Vorurteile
 - Umgang mit rechter Hetze im Netz
 - Handlungsmöglichkeiten bei Anfeindungen und rechter Gewalt
- **Engagement im Fokus: Gladbecker Bündnis für Courage**
- **Aktuelles**
 - Schutzsuchende aus Guinea: Abschiebungsstopp und Ende der Zwangsvorfürungen gefordert
 - Massive Kritik an der Neuausrichtung der Landesförderung für die Flüchtlingsberatung
 - Neue schulnahe Bildungsangebote für Kinder in Zentralen Unterbringungseinrichtungen
- **In eigener Sache**
 - Verleihung des Ehrenamtspreises 2020 verschoben
 - Neue Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW
- **Veröffentlichungen und Materialien**
 - Arbeitshilfe zu Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung im Asylverfahren
 - Neue Broschüre gibt Tipps für Behördentermine
 - „Push back Solidarity“: Publikation zur Kriminalisierung von Solidarität mit Flüchtlingen
- **Termine**

Schwerpunkt: Aktiv gegen Vorurteile und flüchtlingsfeindliche Parolen

Einführung

Die Asylantragszahlen sind seit 2016 kontinuierlich gesunken. Die Bereitschaft, sich negativ über Asylsuchende zu äußern und z.B. ihre Schutzbedürftigkeit infrage zu stellen, ist jedoch im selben Zeitraum gestiegen. Das zeigt eine 2019 veröffentlichte **Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung**. Die Forscherinnen führen diesen Anstieg auch auf eine Normalisierung rechter und rechtspopulistischer Diskurse zurück: Wenn Vorurteile gegenüber Flüchtlingen ständig wiederholt werden, setzen sie sich bei immer mehr Befragten als Fakten oder zumindest legitime politische Meinungen fest.

Bisweilen bedienen auch demokratische Parteien solche Vorurteile. Mit dem Argument, ausreisepflichtige Personen würden nicht konsequent genug abgeschoben, wurden 2019 u.a. die Abschiebungshaft erleichtert und eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ eingeführt, die die Betroffenen weitgehend von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt. Tatsächlich beruht das vermeintliche „Vollzugsdefizit“ bei Abschiebungen aber auf einer fragwürdigen Zahlengrundlage, wie PRO ASYL **hier** ausführlich analysiert. Zudem gibt es in vielen Fällen auch nach einem erfolglosen Asylverfahren gute Gründe, warum eine Person nicht abgeschoben werden kann oder darf.

Unsere Gesellschaft braucht also weiterhin engagierte Menschen, die Vorurteilen gegenüber Schutzsuchenden auf allen Ebenen entgegentreten. Aber wo findet man die Fakten dafür? Wie kommt man argumentativ gegen Stammtischparolen an? Und wo gibt es Hilfe, wenn daraus rassistische Übergriffe und Anfeindungen werden? Diesen Fragen gehen wir auf den folgenden Seiten nach.

Ehrenamtliche „Vorsorge“ gegen Vorurteile

Am besten ist es natürlich, alltägliche Vorurteile frühzeitig abzubauen, so dass sie gar nicht erst zu flüchtlingsfeindlichen Parolen werden. Die Vorurteilsforschung ist sich einig, dass persönlicher Kontakt dabei ein wichtiger Faktor ist. Besonders günstig wirken Kontakte, wenn sie auf Augenhöhe und zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels erfolgen – also zum Beispiel in einer interkulturellen Kochgruppe, in einem Sprachtandem oder beim Sommerfest. Vorurteile lassen sich selbst durch indirekten Kontakt abbauen, etwa wenn Angehörige oder Freunde von positiven Begegnungen mit Flüchtlingen erzählen. Indem ehrenamtliche Initiativen solche Kontakte ermöglichen, tragen sie also entscheidend dazu bei, Vorurteile gegenüber Flüchtlingen abzubauen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Eine andere Herangehensweise wählte die Flüchtlingshilfe Sprockhövel mit ihrer Plakatkampagne **„Behind the Picture – Gesichter mit Geschichten“**. Im Lauf dieses Jahres veröffentlichte sie auf Großflächenplakaten, in Zeitungsanzeigen und einer Wanderausstellung die Porträts von insgesamt 28 Sprockhövelerinnen mit und ohne Fluchtgeschichte. Damit möchten die Engagierten Vorurteile abbauen und insbesondere die Menschen erreichen, die die Begegnungsangebote der Flüchtlingshilfe sonst eher meiden.

Fakten und Argumentationsstrategien gegen Vorurteile

Falsche und abwertende Aussagen über Flüchtlinge begegnen uns nicht nur in Medien und Politik, sondern auch in Teilen unseres persönlichen Umfelds. Deshalb haben wir in einem handlichen **Flyer** und einer ausführlicheren **Broschüre** hilfreiche Fakten gegen gängige Vorurteile zusammengefasst. Auch die Broschüre „**Pro Menschenrechte – Contra Vorurteile**“ von PRO ASYL, der Amadeu Antonio Stiftung, IG Metall und ver.di sammelt faktenbasierte Gegenargumente (dass die Zahlengrundlagen aus dem Jahr 2016 stammen, tut der Argumentation keinen Abbruch). Laufend aktualisierte Zahlen und Einordnungen rund um Asyl, Migration und Integration bieten die Webseiten von **PRO ASYL** und des **Mediendienst Integration**.

In Kurzschulungen vermitteln wir argumentatives Rüstzeug und Hintergrundwissen, um vorurteilsgeladenen Behauptungen über Flüchtlinge besser begegnen zu können. Für die nächste **Online-Kurzschulung am 16.12.2020** nimmt Jan Lüttmann unter initiativen@fnnrw.de oder telefonisch unter 0234 – 58731579 gerne noch Anmeldungen von Ehrenamtlichen entgegen.

Allein durch Fakten lässt sich ein Gegenüber mit gefestigten Vorurteilen zwar selten überzeugen. Das sei aber zweitrangig, meint der der Politikwissenschaftler Prof. Klaus-Peter Hufer. Er hat ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen entwickelt und **mehrere Bücher** zum Thema veröffentlicht. Aus seiner Sicht ist es wichtiger und realistischer, die schweigenden und unentschlossenen Zuhörerinnen zum Nachdenken zu bringen, ihnen alternative Sichtweisen aufzuzeigen und Anwesende, die möglicherweise selbst von Rassismus betroffen sind, zu unterstützen. So rät auch eine **Argumentationshilfe** des Bunds der deutschen Landjugend, andere Anwesende in die Diskussion einzubeziehen und sie als Verbündete zu gewinnen.

In einer **Arbeitshilfe** der Friedrich-Ebert-Stiftung rät Prof. Hufer außerdem, Verallgemeinerungen wie „die Flüchtlinge“ aufzulösen und gezielte Nachfragen zu stellen, etwa nach der Quelle einer Behauptung. Es kann auch helfen, Widersprüche in Parolen aufzuzeigen. Beispielsweise verträgt sich das Vorurteil, Flüchtlinge lägen dem Sozialstaat auf der Tasche, schlecht mit der Behauptung, sie würden „den Deutschen“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Gerade Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren, können Vorurteile auch mit eigenen positiven Erfahrungen entkräften und zum Perspektivwechsel anregen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin empfiehlt in ihrer **Argumentationshilfe**, sich in hitzigen Diskussionen auf einen konkreten inhaltlichen (Teil-)Aspekt zu fokussieren. Das kann das sogenannte Parolen-Hopping unterbinden, bei dem eine schnelle Aneinanderreihung verschiedenster Vorurteile eine sachorientierte Auseinandersetzung unmöglich macht.

Um die Reaktion auf Stammtischparolen gemeinsam zu erproben, bieten wir ehrenamtlichen Initiativen kostenfreie Argumentationstrainings an. Wenden Sie sich bei Interesse einfach an unsere Referentinnen für die Vernetzung des Ehrenamts: Mira Berlin unter ehrenamt1@fnnrw.de oder Maria Fechter unter ehrenamt2@fnnrw.de oder telefonisch an 0234 – 58731583.

Wer sich noch tiefer mit dem gesamtgesellschaftlichen Problem des Alltagsrassismus auseinandersetzen möchte, findet in der Broschüre „**Wir nehmen Rassismus persönlich**“ von Amnesty International und in dieser **Materialsammlung** des Flüchtlingsrats Niedersachsen zahlreiche Anregungen.

Umgang mit rechter Hetze im Netz

In der digitalen Welt ist der Ton oftmals noch schärfer. Deshalb hat die Amadeu Antonio Stiftung Strategien für eine demokratische Netzkultur entwickelt. In einer **mehrteiligen Flyerreihe** gibt sie kompakte Empfehlungen für den Umgang mit Hasskommentaren oder Shitstorms. So ist es auch online sinnvoll, klärende Rückfragen zu stellen, andere Erfahrungen und Quellen anzubieten und Diskussionen zu beenden, wenn sie nicht mehr weiterführen. Hasskommentare können bei den Plattformbetreiberinnen gemeldet, per Screenshot dokumentiert und ggf. zur Anzeige gebracht werden.

Wer den Social Media-Auftritt einer ehrenamtlichen Initiative betreut, findet in der Handreichung „**Handlungssicher im digitalen Raum**“ der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin weitere Tipps, um mit rechten Anfeindungen umzugehen. Es hilft zum Beispiel, die eigene Online-Community als Verbündete in Diskussionen einzubeziehen und eine Netiquette für die eigene Seite zu entwickeln – also Umgangs- und Diskussionsregeln für den digitalen Raum, die nötigenfalls auch mit der Löschung von Beiträgen oder Sperrung von Nutzerinnen durchgesetzt werden.

Handlungsmöglichkeiten bei Anfeindungen und rechter Gewalt

Wenn aus rechten Parolen Taten werden, kann die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus** (MBR) weiterhelfen, die es in jedem Regierungsbezirk NRWs gibt. Die MBR leistet Hilfe zur Selbsthilfe, wenn in einer Gemeinde immer wieder rechte Schmierereien oder Flugblätter auftauchen, wenn rechte Gruppierungen vor Ort Demonstrationen oder andere Veranstaltungen planen oder wenn sie Menschen bedrohen, die nicht in ihr Weltbild passen. Die MBR analysiert rechtsextreme Strukturen und Vorfälle im jeweiligen Regierungsbezirk und kann den Engagierten vor Ort daher helfen, die Bedrohungslage besser einzuschätzen.

Leider bleiben solche Bedrohungen real. Die **Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle**, die Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung auf Basis öffentlich zugänglicher Quellen führen, verzeichnet von 2015 bis heute fast 11.000 Angriffe. Allein für das Jahr 2019 verzeichnet die offizielle Statistik zu politisch motivierter Kriminalität bundesweit 1.746 Straftaten gegen Flüchtlinge sowie 124 Angriffe auf Menschen oder Organisationen, die sich für Flüchtlinge einsetzen (**hier** finden Sie Details zu den Zahlen). Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen.

Für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt gibt es in NRW zwei spezialisierte Beratungsstellen. Ihre Arbeit ist regional aufgeteilt: **BackUp** berät in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster, während die **Opferberatung Rheinland** (OBR) für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln zuständig ist. Beide Stellen unterstützen bei der psychosozialen und juristischen Bewältigung rassistischer Vorfälle – und zwar mobil im ganzen Landesteil und auf Wunsch anonym. Auch Zeuginnen und Angehörigen von Betroffenen steht die Beratung offen.

Engagement im Fokus: Gladbecker Bündnis für Courage

Im Gladbecker Bündnis für Courage arbeiten seit 2008 die Vertreterinnen politischer Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Einzelpersonen zusammen. Gemeinsam möchten sie rassistischen, antisemitischen, rechtsextremen und demokratiefeindlichen Gruppen und Parteien entgegentreten.



Gladbecker Bündnis für Courage

Ein Gründungsmitglied ist die Gladbecker Pfarrerin i.R. Reile Hildebrand-Junge-Wentrup, die seit 1992 auch den Flüchtlingsarbeitskreis der Evgl.-Luth. Kirchengemeinde mit aufgebaut hat. Aktuell leisten dort 65 Ehrenamtliche Begleitung im Asylverfahren, stellen Kontakte zu Rechtsanwältinnen, Psychotherapeutinnen oder Ärztinnen her, sprechen mit Behörden und Parteien. Sie unterstützen Flüchtlinge bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche und unterrichten sie in der deutschen Sprache.

Wir haben mit Frau Hildebrandt-Junge-Wentrup über die Arbeit gegen rechts und den Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit gesprochen.

Welche Themen und Aktionen haben das Engagement des Bündnisses in der letzten Zeit besonders geprägt?

In der Vergangenheit hat es immer wieder Auftritte von rechten Gruppen in Gladbeck gegeben, gegen die das Bündnis mobilisiert hat, zuletzt 2019. Am 22.02.2020 haben wir außerdem eine spontane Mahnwache vor dem Neuen Rathaus organisiert, im Gedenken an die Opfer des rechtsradikalen Anschlags in Hanau.

Aber Schwerpunkt unserer Arbeit war in den letzten Jahren die Unterstützung des Projekts Stolpersteine des Künstlers Gunther Demnig („Der Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“). In Zusammenarbeit mit sechs, sieben Schulen, die die Lebenswege der Menschen recherchierten, die im Faschismus vertrieben und ermordet wurden – Juden, Roma und Sinti, politisch Andersdenkende, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Pfarrer – wurden seit 2009 insgesamt 118 Stolpersteine vor deren Gladbecker Wohnhäusern verlegt. Im Jahr 2020 wurde außerdem das fünfte Stolpersteinbuch fertiggestellt, das die Lebenswege der Opfer der Shoah in Gladbeck dokumentiert. Und wie in jedem Jahr haben wir auch am 27.01.2020 eine Gedenkveranstaltung zur Befreiung des KZ Auschwitz ausgerichtet, zusammen mit Schülerinnen und Schülern aus Gladbeck.

Im Zusammenhang der Kommunalwahl hat unser Bündnis eine „Gladbecker Vereinbarung“ mit den demokratischen Parteien zu der Frage des strategischen Umgangs mit rechtsextremistischen, rechtspopulistischen, antisemitischen und rassistischen Parteien und Fraktionen in den kommunalen Gremien erarbeitet. In dem von sieben Parteien unterzeichneten Papier geht es um die Haltung und um die Praxis vor Ort im Umgang mit der neu gewählten AfD im Rat. Die konkrete Handlungsvereinbarung hat weit über Gladbeck hinaus Beachtung gefunden. Als einzige der demokratischen Parteien hat die CDU sich dieser Vereinbarung nicht angeschlossen.

Vorurteile und Rassismus finden sich ja nicht nur in rechtsextremen und -populistischen Kreisen, sondern leider in der breiten Gesellschaft. Was können Bündnisse wie Ihres – und wir alle – dagegen unternehmen?

Jede kann einen Beitrag leisten: wachsam sein, zuhören, die Fragen und Sorgen des Gegenübers ernstnehmen, aufklären, informieren, Aktionen planen und durchführen und Courage zeigen.

Wo sehen Sie zwischen der praktischen Flüchtlingsarbeit und der Arbeit gegen rechts Schnittmengen, an denen eine gute Zusammenarbeit ansetzen kann?

Rechtsextreme Positionen richten sich oft gegen Geflüchtete und geben ihnen die Schuld an der Situation der Gesellschaft; antisemitische Gedanken wenden sich gegen Mitglieder der jüdischen Gemeinden. Diese Positionen und Gedanken zeigen, dass ohne Fundament geurteilt, herabgesehen und ausgeschlossen wird.

Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass Menschen mit Geflüchteten und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Kontakt kommen, sie kennenlernen, ins Gespräch kommen und sich informieren. In unserer jahrelangen Flüchtlingsarbeit wurden Geflüchtete in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einbezogen. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung bietet dieses breite Netzwerk die Möglichkeit, Vorurteile und Urteile durch den Kontakt miteinander abzubauen.

*Im Rahmen unserer Flüchtlingsarbeit haben wir vom 10.11. bis 08.12.2019 zum Beispiel eine bemerkenswerte Ausstellung der Künstlerin Jana Merkens organisiert: „**Jeder Flüchtling ist ein Mensch**“. Die menschliche, naturalistische Darstellung von fast lebensgroßen Silikonfiguren bietet die Möglichkeit, sich in unterschiedliche Lebenssituationen von Geflüchteten hineinzuversetzen. Vorträge von Dr. W. Strahl, Vorsitzender von Cap Anamur, und C. Jakob, Redakteur bei der TAZ, beleuchteten aus verschiedenen Blickpunkten die Ursachen von Flucht.*

Wie beziehen Sie Flüchtlinge und andere von Rassismus betroffene Menschen in die Arbeit des Bündnisses ein?

Wie schon erwähnt nehmen Geflüchtete an den Veranstaltungen der Flüchtlingsarbeit und des Bündnisses für Courage teil. Zum Beispiel hat der Internationale Freundschaftschor, in dem Geflüchtete verschiedener Nationalitäten singen und musizieren, am 06.04.2019 bei der Gegenkundgebung gegen die „Patrioten NRW“ den wesentlichen kulturellen Beitrag geleistet. Uns ist es wichtig, dass die Geflüchteten selbstverständlich dabei sind und so ein gegenseitiges Lernen, Verstehen und Informieren möglich werden. Unsere Erfahrung ist, dass es für viele der Geflüchtete ein Anliegen ist, sich mit einem sinnvollen Beitrag einzubringen.

Aktuelles

Schutzsuchende aus Guinea: Abschiebungsstopp und Ende der Zwangsvorfürungen gefordert

Seit Oktober 2020 hält sich eine Delegation aus Guinea in der Zentralen Ausländerbehörde Essen auf. Ziel ist es, die Identität ausreisepflichtiger Guineerinnen zu klären, was eine erste Voraussetzung für eine Abschiebung ist. Die Guinée Solidaire Organisation e.V. aus Hamburg kritisiert in einer **Stellungnahme vom 18.10.2020**, dass sich viele der vorgeladenen Schutzsuchenden in Ausbildung oder Beschäftigung befänden. Sie bezweifelt die Fachkenntnis der Delegation und fordert eine sofortige Beendigung der zwangsweisen Vorführungspraxis.

Anlässlich einer geplanten Sammelabschiebung nach Guinea am 17.11.2020 forderte die Bundstagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die LINKE) in einer **Pressemitteilung** vom selben Tag einen generellen Abschiebungsstopp für guineische Schutzsuchende. Sowohl die menschenrechtliche Lage als auch der Ausbruch einer zweiten Corona-Welle ließen Abschiebungen nach Guinea unverantwortlich erscheinen. Auch die Initiative guineischer Oppositioneller in Solingen forderte in einer **Presseerklärung vom 16.11.2020** einen sofortigen Abschiebungsstopp und ein Ende der Zwangsmaßnahmen zur Beschaffung von Rückreisedokumenten.

Als Flüchtlingsrat NRW möchten wir die Erfahrungen mit der Delegation bündeln und den überregionalen Austausch zum Thema fördern. Wenn auch Sie Guineerinnen begleiten, die ein Vorladungsschreiben erhalten oder bei der Delegation vorgesprochen haben, teilen Sie Ihre Erfahrungen gerne telefonisch unter 0234 – 5873156 oder per Mail an info@frnrw.de mit uns. Vielen Dank!

Massive Kritik an der Neuausrichtung der Landesförderung für die Flüchtlingsberatung

Seit vielen Jahren fördert das Land NRW die soziale Beratung von Flüchtlingen. Dies umfasst u.a. die Asylverfahrensberatung in den Landesaufnahmeeinrichtungen, die regionale Beratung, die Psychosozialen Zentren und die sogenannte Rückkehrberatung.

Am 05.10.2020 gab das NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) eine Neuausrichtung der Förderrichtlinie bekannt. In einer **Pressemitteilung vom 13.10.2020** kritisierte die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Freien Wohlfahrtspflege NRW diese Neuregelung als eine massive Schwächung der Flüchtlingshilfe nordrhein-westfälischer Wohlfahrtsverbände, die ab Januar 2021 einen erheblichen Teil der Personalkosten in der Flüchtlingsberatung selbst tragen müssten. Der **Flüchtlingsrat NRW** sowie die Landtagsfraktionen von **SPD** und **Bündnis 90/Die Grünen** schlossen sich der Kritik an.

Die Diakonie Paderborn-Höxter sieht sich bereits gezwungen, ihre Arbeit „aufgrund der politischen Rahmenbedingungen finanzieller und inhaltlicher Art“ in der Psychosozialen Erstberatung und im Beschwerdemanagement in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen Bad Driburg und Borgenteich einzustellen. Das berichtete die Neue Westfälische Zeitung am **13.10.2020**.

Vor allem kleine, freie Träger gerieten durch die Neuregelung in finanzielle Bedrängnis. So rechnet der Flüchtlingsrat Krefeld in seiner **Pressemitteilung vom 24.11.2020** für 2021 mit

einem fünfstelligen Mehrbedarf, was langfristig die Weiterbeschäftigung seiner erfahrenen Beraterinnen gefährde. Die Vorsitzende Ute Richter bezeichnet die Neuregelung auch als einen „Schlag ins Gesicht insbesondere für die vielen in der Flüchtlingsarbeit aktiven Ehrenamtlerinnen“. Diese benötigten das Wissen und die Erfahrung der hauptamtlichen Beraterinnen.

Es ist demnach für Engagierte in ganz NRW wichtig, künftig also im Blick behalten, ob sich die Beratungslandschaft vor Ort verändert und ob z.B. eine stärkere finanzielle Beteiligung der Kommune personelle Einschnitte in der Flüchtlingsberatung vermeiden kann. Auch über diese Entwicklungen können Sie uns unter info@fnrw.de oder 0234 – 5873156 gerne informieren.

Neue schulnahe Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche in Zentralen Unterbringungseinrichtungen

Geflüchtete Kinder und Jugendliche, die in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) des Landes NRW leben, haben gemäß Artikel 14 der EU-Aufnahmerichtlinie einen Anspruch auf Zugang zum Bildungssystem. Dennoch sind sie bekanntlich nicht schulpflichtig, wie wir u.a. in der **letzten Ausgabe unserer EhrenamtsNews** erläutert haben.

Um die europarechtliche Verpflichtung umzusetzen, haben das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und das Ministerium für Schule und Bildung am 01.07.2020 einen **gemeinsamen Runderlass** zur Implementierung schulnaher Bildungsangebote in den ZUEen herausgegeben. Der Erlass konkretisiert u.a. die Unterrichtsorganisation und -inhalte. Das Bildungsangebot soll unabhängig von der Bleibeperspektive die Alltagskompetenzen der jungen Schutzsuchenden fördern, wobei der Fokus auf dem Erwerb der deutschen Sprache liege. Dafür habe die Landesregierung zusätzliche Stellen für Lehrkräfte bewilligt. Sukzessive soll das Angebot in allen ZUEen umgesetzt werden. Es sind erste Anfänge zu verzeichnen.

So haben die Düsseldorfer Regierungspräsidentin Brigitta Radermacher und der Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulamt des Rhein-Kreis-Neuss und beteiligten Schulen zur Förderung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in der ZUE Neuss unterzeichnet (siehe die **Pressemitteilung vom 30.10.2020**).

Auch in der ZUE Sankt Augustin ist mittlerweile das Programm „Schulnahes Bildungsangebot“ gestartet. Dies berichtete die Bezirksregierung Köln in einer **Pressemitteilung vom 06.11.2020**. Momentan würden 13 Kinder und Jugendliche an dem Programm teilnehmen, eine sukzessive Ausweitung auf weitere ZUEen des Regierungsbezirks Köln sei geplant.

In eigener Sache

Verleihung des Ehrenamtspreises 2020 verschoben

Leider fiel die Verleihung unseres Ehrenamtspreises am 21.11.2020 in Essen direkt in die neue „Lockdown“-Phase. Daher haben wir uns entschieden, die Preisverleihung auf den Frühling bis Sommer 2021 zu verschieben. Ein rein digitales Format würde der Veranstaltung nicht gerecht werden. Wir bitten um Ihr Verständnis und freuen uns bereits jetzt auf eine dem Anlass angemessene Preisverleihung im kommenden Jahr. Zur Einstimmung finden Sie auf unserer **Website** die Filmporträts aller acht nominierten Initiativen und Personen.

Neue Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW

Auch im Dezember laden wir Sie wieder herzlich zu unseren Online-Schulungen und Austauschrunden ein. Zur Teilnahme benötigen Sie lediglich eine stabile Internetverbindung, Lautsprecher bzw. Kopfhörer, ein Mikrofon und wenn möglich eine Webcam. Alternativ können Sie sich auch per Telefon einwählen. Diese Themen erwarten Sie:

Online-Austausch: Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen, 03.12.2020, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Die Situation traumatisierter Flüchtlinge in NRW, 07.12.2020, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Inspiration: Gute Aktionen zur Landesunterbringung, 08.12.2020, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Schulung: Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt, 09.12.2020, 17:00 – 20:00 Uhr

Online-Austausch: Vermittlung in Ausbildung oder Beschäftigung, 10.12.2020, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Seminar: Argumentieren gegen Stammtischparolen, 11.12.2020, 17:00 – 20:00 Uhr

Online-Austausch: Neue Engagierte finden und einbinden, 14.12.2020, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Kurzschulung: Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge, 16.12.2020, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Schulung: Basisseminar Asylrecht, 17.12.2020, 17:00 – 20:00 Uhr

Mehr Informationen zu Programm und Anmeldung finden Sie auf unserer **Website**. Melden Sie sich einfach unter Angabe Ihrer Initiative bzw. Ihres Tätigkeitsfelds bei den dort genannten Ansprechpersonen an. Anmeldungen von Ehrenamtlichen werden vorrangig berücksichtigt.

Möchten Sie in Zukunft direkt per E-Mail über unsere Online-Veranstaltungen informiert werden? Dann geben Sie uns gern formlos an ehrenamt2@frnrw.de Ihr Einverständnis, dass wir Ihre Daten zu diesem Zweck speichern dürfen. Wir nehmen Sie dann in den entsprechenden E-Mail-Verteiler auf.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen spannenden Austausch!

Veröffentlichungen und Materialien

Arbeitshilfe zu Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung im Asylverfahren

Schon während des Asylverfahrens sind Flüchtlinge in gewissem Rahmen verpflichtet, bei der Klärung ihrer Identität mitzuwirken. Eine neue Arbeitshilfe des Thüringer Netzwerks BLEIB-dran erläutert die konkreten Anforderungen und gibt Asylsuchenden Tipps, um die eigene Mitwirkung zu dokumentieren. Auf der **Website** des Flüchtlingsrats Thüringen ist die Arbeitshilfe (Stand: August 2020) auf Arabisch, Dari, Deutsch, Englisch und Türkisch verfügbar.

Neue Broschüre gibt Tipps für Behördentermine

Die Broschüre „Tipps für Termine bei Behörden – Cool bleiben!“ (Stand: August 2020) informiert Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen über ihre Rechte bei Behördenterminen und gibt Tipps, damit diese Termine erfolgreich verlaufen.

Der Handlungsleitfaden wurde vom Projekt CoRa, ein Kooperationsprojekt des DGB-Bildungswerks Thüringen e. V. und des Flüchtlingsrats Thüringen e. V., erstellt. Er ist auf Arabisch, Dari, Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar. **Hier** kann er kostenfrei heruntergeladen oder als Printversion bestellt werden.

„Push back Solidarity“: Publikation zur Kriminalisierung von Solidarität mit Flüchtlingen

Bei der Seenotrettung im Mittelmeer, auf Lesbos, in Calais oder anderswo: Immer wieder werden Menschen und Organisationen von staatlichen Behörden diffamiert und strafrechtlich verfolgt, weil sie Schutzsuchenden geholfen haben. Solche Fälle dokumentiert der Verein *borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen* in „**Push back Solidarity: Wie die Europäische Union Solidarität mit Schutzsuchenden kriminalisiert**“ (Stand: Oktober 2020). Die Publikation gibt einen Überblick über die Hintergründe und Auswirkungen dieser Kriminalisierung, aber auch über die zivilgesellschaftliche Solidarität mit den Betroffenen und den gemeinsamen Einsatz gegen das europäische Grenzregime.

Termine

Digitales Infotreffen, 02.12.2020: KOMM-AN NRW: „Digitales Infotreffen zur Förderung im Jahr 2021“. 17:00 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf **Kölner Freiwilligen Agentur**.

Online-Austausch, 03.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf **Flüchtlingsrat NRW**.

Online-Workshop, 05.12.2020: Forum für Willkommenskultur: „Erzähl deine Geschichte! – Social Media in der Willkommenskultur“. 10:00 – 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf **Kölner Freiwilligen Agentur**.

Online-Austausch, 07.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Die Situation traumatisierter Flüchtlinge in NRW“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf **Flüchtlingsrat NRW**.

Online-Inspiration, 08.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Gute Aktionen zur Landesunterbringung“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf **Flüchtlingsrat NRW**.

Online-Fachtag, 08.12.2020: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen: „Institutionellen Rassismus erkennen – Rassismuskritik institutionalisieren, aber wie?“ 10:00 – 18:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [IDA-NRW](#).

Online-Workshop, 08.12.2020: Forum für Willkommenskultur & In-Haus e.V.: „Freiwillige gesucht! Workshop zur Erstellung von Image-Videos zur Gewinnung neuer Freiwilliger“. 18:00 – 21:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kölner Freiwilligen Agentur](#).

Online-Schulung, 09.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 10.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Vermittlung in Ausbildung oder Beschäftigung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Vortrag, 10.12.2020: AWO Unterbezirk Dortmund: „Geflüchtete in Griechenland – Die Situation in den Lagern“. 13:00 – 14:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter j.wenzel@awo-dortmund.de.

Online-Lesung, 10.12.2020: LutherLAB e.V., Fritz-Bauer-Bibliothek und Kinder- und Jugendring Bochum: „Lesung anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte“. Ab 18:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Jugendring Bochum](#).

Online-Seminar, 11.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Argumentieren gegen Stammtischparolen“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Veranstaltung, 11.12.2020: Young & Queer Refugees – Queer Youth NRW: „Empowerment-Reihe für queere Menschen of Color im Kontext von Flucht / Migration und Rassismus“. 14:00 – 17:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Projekt Queere geflüchtete Jugendliche - Fachstelle Queere Jugend NRW](#).

Online-Workshop, 11.12.2020: Forum für Willkommenskultur & Projekt Babellos – ehrenamtliche Sprachbegleitung in der Flüchtlingsarbeit: „Gewusst wie: Sprachbegleitung via Internet oder Telefon“. 18:00 – 20:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kölner Freiwilligen Agentur](#).

Online-Tagung, 12.12.2020: „Asylpolitisches Forum 2020: Wider den Werteverfall beim Flüchtlingsschutz!“ 09:00 – 16:15 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Asylpolitisches Forum 2020](#).

Online-Austausch, 14.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Neue Engagierte finden und einbinden“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Vortrag, 14.12.2020: TH Köln: „NSU: Rechtsterrorismus in Deutschland“. 18:00 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [TH Köln](#).

Online-Kurzschulung, 16.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Schulung, 17.12.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Basisseminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.frnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum